

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 686 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Manfred Opel MdB analysiert die Folgen der Absprachen von Schelesnowodsk hinsichtlich der künftigen militärischen Gestaltung Gesamtdeutschlands: Die Bundeswehr in der DDR.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB bewertet die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu Kündigungsfristen: Ein Signal für die Gleichstellung.

Seite 3

Adolf Salzer berichtet über die "Arbeit" der hessischen "Republikaner": Vom "Cracy Love" nach Bonn?

Seite 3

Karin Radermacher MdL zur Erhöhung der Klassenstärken in Bayern: Kultusministerium leistet Offenbarungseid.

Seite 5

Peter Braun MdL verurteilt den Umgang mit ungarischen Krankenschwestern in Bayern: Mit dem Pflegenotstand machen gewissenlose Geschäftsleute Profit.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Presshaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

45. Jahrgang / 138

23. Juli 1990

Die Bundeswehr in der DDR

Eine Analyse der Absprachen von Schelesnowodsk

Von Manfred Opel MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die bedeutendsten Dokumente sind kurz. Nur eine einzige Schreibmaschinenseite lang ist der Vermerk über die Gesprächsergebnisse von Schelesnowodsk am 16. Juli 1990. Und doch besiegeln sie die Einheit eines über 40 Jahre lang geteilten Volkes, dessen beiden Staaten sich in unterschiedliche Richtungen entwickelten.

Die schwierigsten Fragen waren einmal mehr die militärischen. Und davon jene, die den künftigen Status der DDR betreffen.

Da heißt es knapp: "Solange sowjetische Truppen noch auf dem ehemaligen DDR-Territorium stationiert bleiben, werden die NATO-Strukturen nicht auf diesen Teil Deutschlands ausgedehnt. Die sofortige Anwendung von Artikel V und VI des NATO-Vertrages bleibt davon von Anfang an unberührt." Der Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der dann ehemaligen DDR soll in drei bis vier Jahren abgeschlossen sein, heißt es weiter. Ergänzend erklärte Gorbatschow, er gehe davon aus, daß auf DDR-Territorium nach dem Abzug sowjetischer Truppen "keine anderen ausländischen Truppen erscheinen".

Was bedeutet diese Übereinkunft konkret?

Zunächst einmal heißt das, daß ab spätestens 1994 die integrierten NATO-Streitkräftestrukturen das gesamte geeinte Deutschland umfassen werden. Die NATO reicht dann bis zur polnisch-deutschen Grenze. Weiter hat die Sowjetunion akzeptiert, daß in Deutschland, allerdings nur auf dem Gebiet der Bundesrepublik, auch weiterhin alliierte NATO-Partner Streitkräfte unterhalten. Wenn gesamtdeutsche Streitkräfte dann im Jahr 1994, wie ebenfalls vereinbart, nur noch 370.000 Soldaten haben werden, wird man sich überlegen müssen, wo und wie man die deutschen Streitkräfte organisiert, strukturiert und vor allem stationiert.



Ich erwarte, daß man die Streitkräfte auf ihren Einsatzauftrag zuschneidet und alle Unterstützungsleistungen entweder von eigenem Zivilpersonal erledigen läßt oder von zivilen Firmen vermehrt zukaufen wird.

Angenommen, die alliierten Truppen würden ebenfalls halbiert, so würden noch knapp 200.000 NATO-Soldaten in der dann ehemaligen Bundesrepublik stationiert bleiben. Bei einer Gleichverteilung aller Truppen über ganz Deutschland würden vermutlich etwa 150.000 bis 200.000 deutsche Soldaten in der ehemaligen DDR stationiert.

Das hat zwei Konsequenzen: Einmal entspricht das dem Umfang der ehemaligen NVA. Zum anderen wären auf dem Gebiet der Bundesrepublik nur noch um die 200.000 deutsche Soldaten stationiert, was weniger als die Hälfte der heutigen Bundeswehr ist. Dies wird in kurzer Zeit zwangsläufig zu erheblichen Konversionsproblemen führen.

Die sofortige Anwendung der Artikel V und VI des NATO-Vertrages bedeutet nichts anderes, als daß die Schutzgarantie des Bündnisses von Anfang an für das gesamte Deutschland gilt. So würde zum Beispiel jeder feindliche Akt der dann noch in der ehemaligen DDR stationierten Sowjet-Armee den NATO-Beistandsfall auslösen können. Die NATO kann aber ihre Beistandspflicht nur erfüllen, wenn sie sich auf dem zu schützenden Territorium frei bewegen kann. Das bedeutet logischerweise, daß die Beistandspflicht die Nichtstationierungszusage von Anfang an brechen müßte.

Vermutlich, um diese Tatsache der sowjetischen Öffentlichkeit schmackhaft zu machen, wurde weiter vereinbart, daß nur "Verbände der territorialen Verteidigung", also "nicht integrierte Verbände der Bundeswehr" sofort nach der Einigung Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden können.

Sicher ist damit erstens, daß Gorbatschow die Bundeswehr als die einzige deutsche Armee akzeptiert hat. Von der NVA ist in dem gesamten Einigungspapier überhaupt nicht die Rede. Zweitens hat die Bundeswehr zwar ein "Territorialheer", aber keine "Verbände der territorialen Verteidigung". Das Territorialheer ist im wesentlichen für die Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit der kämpfenden Truppe verantwortlich. Dazu zählen verkehrshemmende Maßnahmen ebenso wie das Bereitstellen von Fernmelde-Verbindungen, die zivilmilitärische Zusammenarbeit, bestimmte Nachschubaufgaben oder die Sicherung bestimmter Objekte.

Daraus erkennt man leicht, daß das Territorialheer im wesentlichen nur Sinn macht als Unterstützer der kämpfenden Truppe. Eigene Kampfaufgaben hat es bis auf Sicherungsaufgaben und Selbstschutz im wesentlichen nicht.

Daraus folgt zwingend, daß mit "Verbänden der territorialen Verteidigung" der Bundeswehr nicht das nicht selbständig kämpfende "Territorialheer" gemeint sein kann. Vermutlich werden bis zum Jahre 1993/94 alle dann auf DDR-Gebiet und in Berlin stationierten Bundeswehrtruppen aus der NATO-Bindung einfach entlassen oder erst gar nicht in sie aufgenommen sowie nach ganz normalen operativen Grundsätzen strukturiert, organisiert und stationiert. Durch einfache Definitionsentscheidung der gesamtdeutschen Regierung werden sie dann einfach zu "Verbänden der territorialen Verteidigung" ernannt.

Vor diesem Hintergrund würde auch die sofortige Anwendbarkeit der Artikel V und VI des NATO-Vertrages wieder einen Sinn ergeben. In der DDR stünden dann ja reguläre Kampftruppen, wenn auch nur die der Bundeswehr. Doch die Krise hat bekanntlich ihre eigenen Gesetze. Einige neue Telefonanschlüsse genügen und schon wären die "Verbände der territorialen Verteidigung" wieder unter den NATO-Fittichen. Das Spiel mit diesen territorialen Zwitterverbänden dauert ohnehin längstens bis 1994. Dann werden diese Verbände mit dem Tag des Abzuges des letzten sowjetischen Soldaten ohnehin voll der NATO unterstellt. Das bedeutet dann nicht mehr als die Aktivierung ohnehin vorhandener Führungsstrukturen.

Wenn die sowjetischen Militärs zudem bei der nachträglichen Analyse des Textes noch entdecken, daß Gorbatschow deutsche nukleare Trägerwaffen für amerikanische Atomwaffen nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat und nicht einmal die Stationierung von NATO-Atomwaffen in Gesamtdeutschland ausgeschlossen hat, werden sie vermutlich wenig glücklich sein mit ihrem Präsidenten. Jedenfalls wußte nicht einmal der Deutschland-Experte Falin, was da in Schelesnowodsk alles vereinbart wurde, als man ihn am "Abend danach" dazu interviewen wollte.

(-/23.7.1990/st/ks)

Ein Signal für die Gleichstellung

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu den Kündigungsfristen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts, daß gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte zu gelten hätten, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten ist eine alte sozialpolitische Forderung. Gerade in Bezug auf die Kündigung und den Kündigungsschutz hat diese Gleichstellung einen besonderen Stellenwert. Wer in Bezug auf Kündigungsschutz zu dem Ergebnis kommt, es müsste eine Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten erfolgen, der wird sich einer Gleichstellung auf anderen wichtigen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts nicht länger in den Weg stellen können. Ich hoffe sehr, daß der gesamtdeutsche Bundestag diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Anlaß nimmt, nicht nur die Gleichstellung im Bereich des Kündigungsschutzes gesetzlich zu regeln, sondern darüber hinaus eine völlige Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten im Arbeits- und auch im Sozialrecht herbeizuführen. Der Kündigungsschutz der Arbeiter wird in Folge dieser Entscheidung gravierend und durchgreifend verbessert werden.

Für unterschiedliche Regelungen der Kündigungsfristen bei Arbeitern und Angestellten hat es eigentlich eine von der Sache her abgeleitete Begründung nie gegeben. Es handelt sich vielmehr um die Restbestände der alten Trennung zwischen den Arbeitnehmern in Angestellte und Arbeiter, eine Trennung, die herbeigeführt worden ist, um eine Schwächung der Arbeitnehmerseite in der Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen und um Lohn herbeizuführen, aber auch um die gesellschaftliche und politische Kraft der Arbeiterbewegung und der Arbeitnehmer zu zersplittern und damit zu schwächen.

Wir müssen in Zukunft in allen Fragen der sozialen Absicherung zu gleichen Bedingungen kommen müssen, zum Beispiel in der Krankenversicherung. Da gibt es doch erhebliche Unterschiede. Aber wir müßten auch dahin kommen, daß die von der FDP insbesondere betriebene Zersplitterung der Arbeitnehmerbank in der Mitbestimmung in Arbeiter und Angestellte beseitigt wird. Unser Ziel ist es, in allen Bereichen des Arbeitsrechts zu einer Gleichstellung zu gelangen.

Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeitgeberseite die Beseitigung der Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft, die mit der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten verbunden wäre, nicht begrüßen wird, daß sie nach wie vor in der Trennung zwischen beiden Arbeitnehmerbereichen eine Stärkung ihrer Machtposition sieht. Von daher ist von der Arbeitgeberseite insgesamt Widerstand zu erwarten, und wenn das so ist, wird sich dieser Widerstand auch in maßgebenden Teilen der CDU/CSU niederschlagen.

Politisch kann sich durch die jetzige Rechtsprechung in erster Linie die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften bestätigt und bestärkt fühlen.

(-/23.7.1990/st/ks)

Vom "Crazy Love" nach Bonn?

Bei den Reps in Hessen geht es drunter und drüber

Von Adolf Salzer

Pressesprecher der SPD Hessen-Süd

Vor ein paar Jahren residierte Dietrich Leh noch im Wiesbadener "Crazy Love", jetzt will der Mann mit der Unterwelt-Connection für die Reps im Wahlkreis Rheingau-Taunus / Limburg-Weilburg in den Bundestag - symptomatisch für die Zustände der Schönhuber-Partei in Hessen. Bei den selbsternannten Saubermännern geben längst zwielichtige Figuren den Ton an, ein Sumpf von Intrigen kennzeichnet ihren parteipolitischen Alltag.

Kandidat Leh, der sonst immer CDU gewählt hat, nach dem Tod von Franz Josef Strauß aber "die nationale Identität" besser bei den Reps "gepflegt und gewahrt" sieht, machte erstmals von sich reden, als er 1972 als Gewichtheber an den Olympischen Spielen in München teilnahm. Daß er seit einiger Zeit auch in Wiesbadens Unterwelt einen Namen hat, dafür hat er nur die Erklärung, daß er zwischen 1980 und '86 das "Crazy Love" in der Hochstättenstraße betrieben hatte, das jedoch "kein Bordell" gewesen sei. Er hatte damals versucht, sein Jura-Studium an der Mainzer Uni mit Hilfe einer Sport- und Gaststätten GmbH zu finanzieren. Aus

dieser Zeit, in der ihm sechs oder sieben Gaststätten gehörten, resultierte laut "Wiesbadener Kurier" auch seine zunächst noch freundschaftliche Verbindung zu Mustafa Shikhane. Das Blatt weiter:

"Mit auf der Anklagebank im Shikhane-Prozeß damals auch Lothar Huppert, der selbst sieben Jahre später in seinem Haus im Idsteiner Stadteil Oberrod mit einem Zimmermannshammer ermordet wurde. Mit ihm hatte der damalige Barbesitzer Leh vor Jahren eine Schlägerei, weil Huppert versucht hatte, die Bedienung seines Lokals zu erpressen. Sie sollte für diesen 'anschaffen' gehen. Leh: 'Da habe ich Huppert ausgeknockt'."

Nach einem Zwischenspiel als Sicherheitsoffizier der Bundeswehr wurde Leh Pferdewirt und Reitlehrer. Außerdem macht sich der auf einem Reiterhof im Heldenroder Ortsteil Dickschied arbeitende Rep-Kandidat als freier Mitarbeiter einer Maklerin im Rheingau-Taunus-Kreis und in Wiesbaden nützlich.

"Psychopathen", "Charakterschweine"

Erhofft sich Leh von seiner Bundestagskandidatur offensichtlich noch Ansehensgewinn - ungeachtet des bundesweiten Niedergangs der Reps -, so möchten andere mit der Rechtsaußenpartei inzwischen nichts mehr zu tun haben. Als eine "Ansammlung unfähiger, machtbesessener, nur ihre private Interessen wahrnehmender Psychopathen" stuft Heiko Berger aus Nidda (Wetterau-Kreis) seine ehemaligen Parteifreunde in einem Schreiben ein, in dem er seinen Rückzug aus dem Rep-Kreisvorstand und seinen Austritt aus der Partei begründete. Von "Halbgöttern in Braun" ist darin die Rede und von böswilliger Wählertäuschung. Für Berger haben die Reps "ihre Berechtigung verloren, sich als Patrioten beziehungsweise als 'die nationale deutsche Partei' auszugeben".

Der Mitgliederstamm der Reps in der Wetterau, die bei der Kommunalwahl im März 1989 noch 7,0 Prozent der Stimmen erreicht hatten (und nur von den Reps im Rheingau-Taunus-Kreis mit 10,5 Prozent übertroffen wurden) bröckelt weiter - Folge einer bereits seit Monaten tobenden innerparteilichen Schlammschlacht. Der Rechtsaußen-Partei den Rücken gekehrt haben unter anderen die Kreistagsfraktionsvorsitzende und Stadtverordnete Lilian Mangold (die jetzt von der NPD umworben wird) sowie zwei weitere Mandatsträger. Ihre Ämter niedergelegt haben Rep-Kreisvorsitzender Kurt Marterer und später auch Nachfolger Stephan Musch, außerdem vier weitere Vorstandsmitglieder.

Lilian Mangold fühlt sich "im ideellen Sinne" von der Partei "betrogen". Sie war vom Landesvorstand aller Parteiämter enthoben worden und kam durch ihren Austritt einem Parteiausschlußverfahren zuvor. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe (sie soll als Kassenverwalterin der Kreistagsfraktion 11.000 Mark unterschlagen haben, was sie energisch bestreitet) sind in ihren Augen ein typisches Beispiel dafür, wie bei den Rechtsextremen miteinander umgegangen werde. Kein gutes Haar läßt auch der aus der Partei ausgetretene 75jährige Bad Nauheimer Willy Ecke, Mitgründer des Rep-Ortsverbandes, an den Ex-Feunden: "Profilneurotiker, Charakterschweine und Mächtegern-Politiker."

Wie erbittert sich die Reps in der Wetterau beharken, veranschaulicht außerdem ein Protokoll von einer Zusammenkunft der Kreistagsfraktion. Auszüge: "Fraktion und Vorstand sind durch Herrn Neuschäfer diffamiert worden. Er hatte Unterlagen von Herrn Hölzel zur Presse gebracht. Außerdem schrieb man mehrere diffamierende Briefe an den Landesvorstand. Frau Keyk verlangt nun eine öffentliche Entschuldigung von Herrn Hölzel, weil sie innerbetrieblich geschädigt wurde (Brief von Herrn Bartels mit Lügen)... Herr Hölzel verläßt mit ungezogenen Worten nach einer Viertelstunde die Versammlung, da er es nicht nötig hat, sich anpöbeln zu lassen."

Im Lahn-Dill-Kreis hat sich der Rep-Kreisverband bereits aufgelöst, obwohl die Partei gerade hier eine günstige Ausgangslage vermutet hatte, war doch der Nordteil, vor allem das Gebiet um Dillenburg, schon vor 1933 eine Hochburg der Rechtsextremen und auch Ende der 60er für überdurchschnittliche NPD-Ergebnisse "gut" gewesen. Zum vorläufig letzten Mal traten die Reps hier auf der Anklagebank des Dillenburger Schöffengerichts in Erscheinung, wo sich ein Raufbold aus ihren Reihen wegen Schlägen ins Gesicht eines Anti-Rep-Demonstranten verantworten mußte. Wegen der unklaren Beweislage kam der Mann ohne Strafe davon.

Die DSU winkt ab

Am Landesparteitag Ende April in Pohlheim bei Gießen waren viele der erwarteten Delegierten nicht mehr erschienen - sie hatten inzwischen ihre Parteiämter niedergelegt oder auch gleich die Partei verlassen. So auch Gerhard Keil, einst Kreisvorsitzender und elf Monate lang Generalsekretär der Reps in Hessen. Keil, der mehr als zwei Jahrzehnte lang Kommunalpolitiker der CDU gewesen war, für die Union im Landtag saß und ihr zuletzt, bis 1985, als Kreisbeigeordneter gedient hatte, hatte sich in der CDU wie dann bei den Reps auf

der Linie von Strauß gesehen. Für die, findet er, gibt es jetzt keine Chance mehr, da bei den Reps 'Chaoten und Kriminelle' geduldet würden. Vergeblich soll auch Schönhuber versucht haben, die vermeintliche Zugnummer bei den Reps zu halten. Mit Keil gingen die Kreisvorstandsmitglieder Armin Finke und Helmut Funk sowie Kreisgeschäftsführerin Sylvia Wessel-Hilse.

Die Ex-Geschäftsführerin der Reps war laut 'Gießener Anzeiger' wieder an der Seite von Keil, als der am 16. Juni im Bonner Hotel 'Maritim' über einen Übertritt zur West-Ausgabe der Deutschen Sozialen Union (DSU) der DDR verhandelte. Keil dementiert, sich als hessischer DSU-Landesverbandschef beworben zu haben, DSU-Generalsekretär Wolfgang Truckenbrodt jedoch beharrt: 'Die hatten vor, den Landesverband Hessen aufzumachen.' Keil habe wie Frau Wessel-Hilse Antragsformulare ausgefüllt und sich selbst dabei als '1. Kreisbeigeordneter a.D.' bezeichnet. Laut Truckenbrodt wurden alle vier Aufnahmeanträge abgelehnt, weil Keil 'keine vertrauenswürdige Person' zu sein schien.

(-/23.7.1990/st/ks)

Kultusministerium leistet schulorganisatorischen Offenbarungseid Mehr Klassen mit 32 Schülern in Bayern

von Karin Radermacher MdL

Kulturpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

'Die Klassenstärken lassen sich nicht halten', erklärte kürzlich der bayerische Kultusminister Zehetmair lapidar. Dies ist ein sozusagen ministeriales Eingeständnis einer verfehlten CSU-Schulpolitik in Bayern. Ab kommendem Schuljahr werden also Klassen mit 31 und 32 Schülerinnen und Schülern in den bayerischen Grund- und Hauptschulen keine Seltenheit sein.

Gegen diesen pädagogischen Rückschritt wird die SPD-Landtagsfraktion zu Felde ziehen. Wir werden unsere Bemühungen um kleinere Klassen fortsetzen und im nächsten Landtag - in dieser Legislaturperiode sind uns leider die Hände gebunden - entsprechende Anträge erneut einbringen. Wir fordern den Kultusminister auf, nicht auf einen späteren erneuten Rückgang der Schülerzahlen zu warten, sondern endlich zu handeln und auf eine Verkleinerung der Klassen hinzuwirken. Die Klassenhöchststärke an den bayerischen Grund- und Hauptschulen muß auf 25 Kinder festgeschrieben werden.

Seit Jahren haben Kultusminister Zehetmair und sein Vorgänger Hans Maier die Rückgänge bei den Klassen im Grund- und Hauptschulbereich mit über 30 Schülern als Erfolg ihrer Politik ausgegeben. Die SPD-Landtagsfraktion hatte schon immer Zweifel an der Richtigkeit dieser Darstellung. Ihrer Meinung nach waren dies lediglich Auswirkungen des Schülerrückgangs, nicht aber planende Tätigkeit des Kultusministeriums.

Die Richtigkeit dieser Auffassung wurde jetzt von Kultusminister Zehetmair selbst bestätigt. Mit der Zunahme der Schülerzahlen versucht er zu begründen, warum sich die Klassenstärken nicht halten ließen. Dies ist ein schulorganisatorischer Offenbarungseid des CSU-Kultusministeriums. So unvorhergesehen war der Schülerzuwachs nämlich nicht. Gewiß, es gibt mehr Aus- und Übersiedlerkinder in Bayern als im vergangenen Jahr, aber die Zunahme der Schülerzahlen war auf Grund der Geburtenentwicklung vorhersehbar. Entsprechende Lehrerplanungen im Kultusministerium - Fehlanzeige. Dagegen lehnte die CSU-Mehrheitsfraktion SPD-Anträge auf zusätzliche Lehrerplanstellen seit Jahren ab.

Unzumutbar für die betroffenen Eltern ist nach meiner Meinung der Versuch von Kultusminister Zehetmair, jetzt die Auswirkungen großer Klassen auf den Unterrichtserfolg zu bagatellisieren.

(-/23.7.1990/st/ks)

Mit dem Pflegenotstand in Bayern machen gewissenlose Geschäftsleute Profit
Die Ausbeutung ungarischer Krankenschwestern muß ein Ende haben

Von Peter Braun MdL

Mit dem Pflegenotstand in Bayern machen nun einige üble Geschäftsleute auch noch Profit. Und es drängt sich der Verdacht auf, daß einige CSU-Politiker dies auch noch dulden. Fest steht zumindest, daß ungarische Krankenschwestern zur "Ausbildung" nach Oberbayern kommen und von ihrem monatlichen Nettogehalt in Höhe von etwa 1.600 Mark ein Drittel an die obakure Betreuungsfirma "EuroSet" mit Sitz in Dachau abliefern müssen. Fest steht auch, daß nach den Worten des stellvertretenden Dachauer Landrats Blessing mit dem bayerischen Arbeits- und Sozialministerium "das alles abgestimmt ist". Ich fordere die bayerische Staatsregierung auf, darauf hinzuwirken, daß ausländische, insbesondere ungarische Pflegekräfte an bayerischen Krankenhäusern nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vermittelt werden. Diese ausländischen Pflegekräfte dürften nicht durch die Abführung eines Teils ihrer Nettoeinkünfte an "Betreuungsfirmen" wie "EuroSet" durch die Krankenhäuser übervorteilt werden.

Im Mai hatte Innenminister Stoiber groß verkündet, auf seine Initiative hin habe Bundesarbeitsminister Blüm den Anwerbestopp ausländischer Pflegekräfte teilweise gelockert. Dadurch würden nun neue bayerische Bestimmungen möglich. Und der bayerische Sozialminister Glück dankte am 19. Januar dieses Jahres Bundesminister Klein dafür, "daß er die Forderungen der Bayerischen Staatsregierung bei Bundesminister Blüm nachhaltig vertreten hat und diesen Erfolg erreichen konnte". Was Hans Klein damit zu tun hat, weiß ich zwar nicht. Aber: Es war ja OB-Wahlkampf in München und "Jonny" Klein war der CSU-Kandidat. Nun machte man sich daran, ein Modell auszuarbeiten. Laut Presseberichten war Leo Greska, Vorsitzender der bayerischen Krankenhausverwalter, der Vorreiter. Und Kurt Göttler, Redaktionsleiter des "Münchner Merkurs" in Dachau, gründete die Firma "EuroSet" und der Dachauer CSU-Landrat Christmann gab seinen Segen. Die Krankenhäuser in München-Pasing und der Schwesternschaft des Bayerischen Roten Kreuzes München sowie die Kreiskrankenhäuser in Ebersberg, Erding, Freising, Dachau und die städtischen Kliniken Rosenheim, Ingolstadt und Augsburg waren dem Vernehmen nach anfangs von diesem Modell begeistert.

Das "Modell" sieht so aus: Die Firma "EuroSet" fungiert als Dreh- und Angelpunkt für die Arbeit der ungarischen Krankenschwestern in Bayern. Für ihre "Betreuung" bekommt "EuroSet" laut Vertrag ein Drittel der Nettoeinkünfte von jeder Krankenschwester - und das auf zwei Jahre. Die "Süddeutsche Zeitung" hat gerechnet: "Zur Zeit befinden sich 50 ungarische Krankenschwestern auf der Grundlage des 'Dachauer Modells' in Bayern. Das ergibt eine Summe von 765.912 Mark. Da der Partnerschaftsvertrag unbefristet ist und mit rund 400 ungarischen Schwestern gerechnet werden kann in den nächsten vier Jahren, würde die Firma 'EuroSet' etwa 6.127.296 Mark im vorgegebenen Zeitraum einnehmen." Und welche Leistungen erbringt diese Firma dafür? "Das frage ich mich allerdings auch", sagt die Vorsitzende des Personals am Freisinger Kreiskrankenhaus. Vier Schwestern seien an ihrem Krankenhaus beschäftigt, aber von einer Betreuung wisse sie nichts.

Dieser Dschungel muß durchforstet werden. Das "Dachauer Modell" hat den Fuch der Vottemwirtschaft. Auf jeden Fall muß diese Art Menschenhandel gestoppt werden. Daß Krankenschwestern bei ihrem niedrigen Nettogehalt noch zusätzlich ausgebeutet werden, ist ein unhaltbarer Zustand. Hier muß die Staatsregierung schleunigst handeln und muß diesen gewissenlosen Geschäftemachern das Handwerk legen.

(-/23.7.1990/st/ks)
